

"Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB)

Der Bund hilft, das Land spart an der falschen Stelle

Seit dem Start des Ganztagschulprogramms im Mai 2003 sind mittlerweile rund 3.000 Schulen gefördert worden. Die Zahlen sprechen für sich. Immer mehr Schulen auch in Baden-Württemberg wollen ganztags öffnen. Doch es gibt zweierlei Ganztagschulen im Land. Solche, die als "Brennpunktschulen" vom Land gefördert werden und jene, die durch das "Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung" (IZBB) des Bundes neu entstehen. Beide Schultypen bekommen in Baden-Württemberg nicht immer die Unterstützung, die sie bräuchten. Viele Pädagogen in den Kommunen wünschen sich bessere Rahmenbedingungen. In vielen Regionen des Landes ist ein regelrechter Wettlauf um die IZBB-Mittel entbrannt. "Mittlerweile beteiligen sich alle Schulformen mit Anträgen um die Bundes-Mittel, dabei sehr viele Gymnasien und Privatschulen. Auch wenn es am Anfang eher schleppend lief, wird es für einige Schulen immer enger, rechtzeitig an Mittel zu kommen", sagt der SPD Bundestagsabgeordnete Lothar Binding.

So stehen dem Land Baden-Württemberg in den Jahren 2003 bis 2007 insgesamt 528 Mio. Euro zum Ausbau der Ganztagschulen zur Verfügung. Allein im Jahr 2004 wurden 335 Förderanträge mit einer Gesamtsumme von rund 114 Mio. Euro angemeldet. Die Summe, der im Jahr 2003/ 2004 abgeflossenen Mittel, beträgt rund 18 Mio. Euro.

Ärgerlich zeigte sich Binding jedoch über das so genannte "Verteilprinzip" in Baden-Württemberg, wonach die Schulbezirke, die "schneller sind", die meisten Bundesgelder zugewiesen bekommen. "Das geht zu Lasten der regionalen Ausgewogenheit", so der SPD Abgeordnete. So bekommen bestimmte Oberschulämter vergleichsweise mehr Ganztagsangebote bewilligt, als die großen in Karlsruhe oder Stuttgart. "Prozesssteuerung bzw. ein ordentliches Controlling hätte helfen können", betonte Binding.

Eine flächendeckende Versorgung mit Ganztagschulen ist für berufstätige Eltern in jeder Hinsicht notwendig. "Ohne zusätzliche Lehrerstunden kann ein Ganztagskonzept nicht gelingen", sagte Binding. "Ich sehe die Lage im Land kritisch, da keine zusätzlichen Personalmittel für die neuen Ganztagsangebote vorgesehen sind und alles über das Ehrenamt abgewickelt werden soll".

Der SPD Abgeordnete will die Elternreserven schonen – und das gelänge am besten, wenn es Rahmenvereinbarungen gäbe, die die Einbindung von externen Partnern verbindlich regeln würde.

Baden Württemberg nähme das Geld aus dem Investitionsprogramm vornehmlich deshalb, um im Rahmen des verkürzten achtstufigen Gymnasiums (G8) den Unterricht auch am Nachmittag durchzuführen, anstatt in pädagogische Reformen zu investieren.

In der Gesamtbetrachtung sieht Binding in Baden Württemberg ein Wechsel zwischen Licht und Schatten. "Vor Ort trifft man auf viel Einsatz und im Land entstehen immer mehr Ganztagsangebote". Sie könnten nachhaltig aber nur wirksam werden, wenn auch die pädagogisch-inhaltlichen und die organisatorischen Voraussetzungen verbessert würden, so Binding

NT